

Saale-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

ersch. täglich am Donnerstag, am Sonntag als Feuilleton. Die Bezugs-gebühr beträgt in Stadt und Land jährlich durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 25.00, in den Bezugsstellen abgibt M. 24.00 monatlich. Die abgesehenen Postgebühren-Zettel stellt im Ortsvertrieb M. 2.50, im auswärtigen Vertriebe M. 3.00, außerdem die Millimeter-Zelle M. 5.00 im Ortsvertrieb und M. 10.00 im auswärtigen Vertriebe. Postgebühren-Zettel: jeden Uhr vorerhalten.

Das Ende der Rathenau-Mörder

Behebung der inneren Krise / Keine Regierungserweiterung vor Herbst Englische Ablehnung der Pariser Kapitulation / Der Reichsgerichtspräsident, Doppelselbstmord.

Die Einreise auf Burg Saaleck.

Raumburg, 17. Juli. Die Rathenau-Mörder sind durch holländische Kriminalbeamte auf Burg Saaleck ermittelt worden. Sie haben sich heute abend vor der Festnahme im Burgtum erschossen.

Ueber die näheren Umstände der Ermittlung der Verbrecher erfahren wir auf Erundung an amtlicher Stelle folgendes: Am Sonntag nachmittag meldeten sich bei der Kriminalpolizei in Halle zwei junge Kaufleute, die ihre Ferien in Bad Kösen verbracht hatten. Sie gaben an, daß sie bei der Burg Saaleck zwei junge Leute gesehen hätten, auf die der Steckbrief der Rathenau-Mörder genau passe. Der eine der Zeugen behauptete sogar mit aller Bestimmtheit, er habe Leutnant Fischer an dem auffälligen blond, dem im Steckbrief die Rede war, erkannt. Bei der holländischen Kriminalpolizei waren gerade in den letzten Tagen in größeren Mengen täglich Meldungen über Spuren der Rathenau-Mörder eingelaufen. Man hatte auch verschiedentlich Verhaftungen vorgenommen, aber immer wieder feststellen müssen, daß es ein Fehlgreif war. Nach am Sonnabend nachmittag hatte die holländische Kriminalpolizei die Nachricht bekommen, daß sich die beiden Mörder in der Nähe von Burg bei Raudeburg aufhielten, und durch die Raudeburger Kriminalpolizei Nachforschungen veranlaßt, wobei sich wieder herausstellte, daß die Verdächtigen nichts mit den Rathenau-Mördern zu tun hatten. Trotz dieser vielfachen Enttäuschungen beschloß der Kriminalinspektor in Halle, der neuen Spur nachzugehen. Er beschneidete logisch am Sonntag abend die Kriminalpolizei in Raumburg, die sich dann auf die Spur letzte und Nachforschungen vor Burg Saaleck vornahm. Im dem demontierten Turm der Burg wurde in der Nacht Licht gesetzt. Das war auffällig, denn der Inhaber der Wohnung, ein Schriftsteller Dr. Stein, war, wie die Polizei feststellen konnte, nur einigen Tagen nach Berlin abgereist. Am Montag in aller Frühe wurde die Burg unter Führung zweier holländischer Kriminalbeamter umstellt. Mit Hilfe eines Schlossers verfuhr man, die Tür zu öffnen. Es ergab sich jedoch, daß von innen ein Schlüssel hatte, der so besetzt war, daß der Schlosser ihn weder herumdrücken, noch mit Hilfe von Nachschlüssel das Tor öffnen konnte. Die Kriminalbeamten zogen sich darauf wieder in das die Burg umgebende Gehölz zurück, um von dort aus die Vorgänge zu beobachten. Im Laufe des Nachmittags zeigten sich zwei junge Leute auf einer Terrasse, die vorüberziehenden Touristen mit Taschenluhen winteten. Sie trugen wie im Uebermut den Wanderers Grise an Kapitän Ehrhardt auf und drachten auf Ehrhardt gar ein Hoch aus. Dann verschwand sie im Burginnern. Um die siebenste Abendstunde gingen die Beamten erneut gegen die Burg vor. Mit Worten schlugen sie die Tür ein und drangen in das Innere ein. Im dritten Stock, wo Dr. Stein seine Schlafkammer hatte, fanden sie die beiden jungen Leute tot mit Kopfschüssen am Boden liegen. Die Kriminalpolizei hatte an Hand des Steckbriefes fest, daß die beiden Selbstmörder die gestuhten Fischlinge Fischer und Kern waren. Beide trugen noch dieselbe Kleidung, in der man sie zuletzt bei Gabelungen gesehen hatte. Heute morgen begab sich eine Gerichtskommission an Ort und Stelle, um die näheren Feststellungen zu machen. Die Burg ist weithin abgeperrt durch Schutzpolizei.

Es war noch nicht festzustellen, wie lange schon die Mörder auf der Burg gewohnt haben. Ganz kurze Zeit kann es aber nicht gewesen sein, denn die beiden Fischlinge haben in Abwesenheit des Wirtes, wie eine Anzahl Weinflaschen zeigt, in dessen Weinlager stark ausgemacht. Dr. Stein ist gestern abend aus Berlin zurückgekehrt. Ob er von der Quarantänierung der Rathenau-Mörder geküßt hat, müssen erst die näheren Nachforschungen ergeben. Von phantastischen Menschen werden bereits wieder romanhaft Einzelheiten über die Ueberrumpelung der Burg Saaleck mitgeteilt. Danach sollen sich die beiden Verbrecher, nachdem sie noch den Verfolgern "Heiligkeit!" zugerufen hätten, unmittelbar vor ihrer Verhaftung erschossen haben. Andere Fabelhaftigkeiten wissen zu melden, daß die beiden vor ihrem Tode von der Burg heruntergerufen hätten: Wir sterben für unsere Ideale! Von alledem ist nichts wahr. Die Beamten haben nicht einmal die Schiffe geholt, mit denen sich die Verbrecher getötet haben. Die Leichen waren schon kalt, als man sie fand. Dr. Stein war mit seiner jungen Frau am Donnerstag nach Berlin gereist. Als er gestern Nacht zurückkam, sah er Licht im Turmszimmer der Burg und war der Meinung, es seien, wie schon einmal, wieder Bagabunden eingeschoben. In der Burg

angefommen, wurde er von den Sipos empfangen und mußte, da ihm der Eintritt verweigert wurde und der Schlafraum auch unbenutzbar war, unten in Saaleck bei einer bekannten Familie die Nacht zubringen. Heute früh wurde Dr. Stein mit Frau zum Oberstaatsanwalt auf die Burg gerufen und ist seitdem nicht zurückgekehrt.

Der englisch-französische Gegenstoß.

Die englische Presse sagt einmütig gegen Poincare.

Bei der Einstellung, die der französische Ministerpräsident Poincare trotz besserer Einsicht noch immer dem Reparationsproblem gegenüber einnimmt, war es vorauszuhehen, daß Frankreich und England sich alsbald wieder in offenem Gegensatz gegenüber stehen würden. Das ist bisher noch immer so gewesen, sobald die Reparationsfrage einer Lösung entgegengeführt zu werden schien. Diesmal aber ist in England die Ueberzeugung, daß es nicht die Zeit der Fiktion mehr ist, sondern die Zeit, daß es einmütig zweifelsfrei entschieden wird, ob auch dieser neue Konflikt wieder wie sonst immer mit einem Kompromiß endigen wird, das wieder nur Fiktion ist und keinen Beteiligten befriedigen kann. Poincare arbeitet neuerdings mit zwei Theorien: die mildere ist die, daß er sich zu einem Memorandum bereit finden lassen will, wenn erwiesen sei, daß Deutschland alles Menschensmögliche getan habe, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Von allem anderen abgesehen, würde dies mindestens eine verhängnisvolle Vergebung bedeuten. Schlimmer ist der zweite Punkt, wonach Poincare die Fiktion selbst nicht lassen will, daß Deutschland absichtlich Bankrott begangen habe. Dieses absichtliche Verfehlen würde dann der Entente das Recht zu finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen Strafmaßnahmen geben. Diese Sachmängel der Tätigkeit Poincares in der Reparationsfrage wird noch ergänzt und unterstrichen durch seine neuesten Reden über die Kriegsschuld Deutschlands. Der französische Verbund aus schärfste entgegengeteilt ist die fast einmütige Auffassung der englischen Presse, daß Deutschland der erbetene Zahlungsausschub bemittelt werden muß. Besonders kennzeichnend dafür ist der Vorschlag der liberalen "Daily News", der für eine Streichung der französischen Schulden an England, eine Herabsetzung der deutschen Reparationszahl auf 50 Milliarden Goldmark, eine Küstungsvereinbarung Frankreichs, einen allgemeinen Garantieplan für die Sicherung Frankreichs gegen Angriffe, eine internationale Anleihe und die Zulassung Deutschlands als unabhängiges Mitglied im Völkerbundstätt eintritt. Das ist ein großzügiger Plan, der wirklich die betrieblende Lösung bringen könnte. Weder hat er gerade deshalb um weniger Aussicht auf Erfüllung.

Englisches Ergehen an Poincare.

Paris, 17. Juli. Der Londoner Berichterstatter des "Pitt Journal", der im allgemeinen ausgezeichnet unterrichtet ist, erfährt aus maßgebender Quelle, daß an Poincare eine Anfrage gerichtet wurde, um ihn zu fragen, wann er nach London kommen wolle. Man will in der Downing Street genau darüber unterrichtet sein, bevor man die nötigen Maßnahmen wegen der abzuhaltenden Besprechungen trifft.

Der Völkerbundsrat

ist am 17. Juli in London zusammengetreten und tagt unter dem Vorsitz Balfours. Nach übereinstimmenden Meldungen wird er sich wenigstens inoffiziell mit der Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde beschäftigen. Diese Meldungen entsprechen nicht der Wahrscheinlichkeit, da inoffizielle von England Anregungen nach Deutschland gekommen sind, die Aufnahme nachzugehen. Die großen Vorteile, die Deutschland von der Zugehörigkeit zum Völkerbunde ziehen würde, liegen auf der Hand, trotzdem man Deutschland ihm nur anbehalten, wenn es den ihm gebührenden Platz annehmen würde.

Auch Einschränkung der Sachleistungen nötig.

London, 17. Juli. Eine hohe Ententeautorität in Berlin bezeichnete dem Berliner Vertreter des "Daily Chronicle" die finanzielle Lage Deutschlands als äußerst gefährlich und kritisch. Die bloße Stornung der Sachleistungen genüge nicht. Es tue auch eine Einschränkung der Sachleistungen, da sonst der Druck von Papiergeld fortgesetzt werden müsse. Ein vernünftiger Vertreter der "Times" mahnt die Alliierten, keine Zeit durch Zankereien über die Detailfragen zu verlieren.

Heutiger Stand des Dollars 486.

Die Lösung der Krise.

Zwar kann man noch nicht endgültig behaupten, daß alle innerpolitischen Gefahren vorüber seien; aber die Gemüthsstimmung gewinnt täglich mehr an Boden, daß alles beim alten bleibt. Eine Erweiterung oder Umformung der Regierung und der Koalition wird vor den Ferien nicht mehr eintreten. Eine Reichstagsauflösung ist nicht mehr zu befürchten. Die Gesetze zum Schutze der Republik werden in 3. Lesung glatt angenommen. Nur die Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien wird ein dauerndes Erinnerungszeichen an die Aufregung der letzten Kriegstage bleiben. Vielleicht verdrängt sie sich schon jetzt bald in eine Fraktionsgemeinschaft der beiden Parteien. Kann die Mehrheitssozialdemokratie keine Beziehung der Unabhängigen in die Regierung erreichen, so freibt sie wenigstens eine festere Verbindung mit ihrem linken Nachbarn in Form der Fraktionsgemeinschaft an. Bis zur Beschließung beider Parteien ist kann nur noch ein Schritt. Wir haben bereits ausführlich begründet, warum wir eine Annäherung zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen begrüßen; wir werden deshalb ein Fortschreiten auf diesem Wege von sozialistischer Arbeitsgemeinschaft zu sozialistischer Fraktionsgemeinschaft mit Genugthuung hinnehmen.

Inzwischen nimmt der Gedanke, eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei zu bilden, größere Formen an. Das Zentrum hat diesen Plan jetzt in genauerer Ausarbeitung seinen beiden Nachbarnpartien ganz offiziell überreicht. Es handelt sich danach lediglich und ausschließlich um eine rein parlamentarische Aktion. Man will ebenso wie auf der linken Seite des Regierungsbündnisses auch auf der rechten Kräfte, die zu ernsthafter republikanischer Zusammenarbeit bereit sind, fester zusammenfassen. Die Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen im Zentrum die einzelnen Gesetze untereinander beschließen, im Reichstagsamt untereinander vereinbaren und unter Umständen auch weiter gemeinsam vorbringen wollen, so beschließt das Zentrum unter selbstverständlicher Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der einzelnen Fraktionen ein praktisches parlamentarisches Zusammenarbeiten in der Arbeitsgemeinschaft der nicht sozialistischen Mittelparteien auf dem Boden der Verfassung und der Republik. Dieses Zusammenarbeiten legt eine förmliche Festlegung mit der Arbeitsgemeinschaft der Linken und ein gemeinsames Handeln mit ihr voraus. Der Regierungsbund würde also in Zukunft nicht mehr aus einer Vielzahl von Einzelparteien, sondern aus zwei Arbeitsgemeinschaften bestehen, von denen man sich praktischeren Arbeiten verpflichtet, als von der gegenwärtigen Bekämpfung der Koalition. Letzten Endes müssen die alten erfahrenen Parlamentarier am besten wissen, wie sie ihre tägliche Arbeit am zweckmäßigsten verteilen und tragen.

Die ersten Anfindungen des Zentrumsplanes haben in der Öffentlichkeit ganz unumwundene Begehrtheit erregt. Es war die Befürchtung entstanden, daß die Arbeitsgemeinschaft der drei bürgerlichen Mittelparteien ebenso die erste Stufe einer späteren Beschließung sein soll, wie die Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien. Der Psychologie und Weisheit des Zentrums — um von Demokraten und Volksparteilern ganz zu schweigen — auch nur einmütigen kennt, dem mußte eine solche Befürchtung von vornherein lächerlich erscheinen. Auch kann von der Bildung eines Bürgerbündnisses zur Bekämpfung der Sozialdemokratie keine Rede sein. Die Neubildung wird ja im Gegenteil gerade zu dem Zwecke angestrebt, daß die Regierungsparteien einschließliche der Sozialdemokratie schneller und reibungsloser zusammenarbeiten können als bisher. Es liegt auch auf der Hand, daß bei einem Knampf der einen Arbeitsgemeinschaft gegen die andere überhaupt keine parlamentarische Mehrheit zustande käme. Beide Arbeitsgemeinschaften sind vielmehr dauernd auf einander angewiesen und müssen schon aus diesem Grunde zu einander halten und miteinander arbeiten.

Tatsächlich ist ja bereits in letzter Zeit so gearbeitet worden, als ob die beiden Arbeitsgemeinschaften schon beständen. Als es sich um die Arbeitsgemeinschaft der Schwerfächerigen in den Gesetzen zum Schutze der Republik handelte, hat schon ein Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie die Wünsche der Unabhängigen und ein Führer des Zentrums die Wünsche der Deutschen Volkspartei zu dem Gesetze gesammelt und beide haben dann in einer gemeinsamen Sitzung der drei alten Koalitionsparteien diese Wünsche der Fraktionenpartei vertreten und untereinander zum Ausgleich gebracht. Solche Ausnahmefälle werden also in Zukunft zur Regel werden.

Nach dieser Klarstellung der Pläne und Vorschläge des Zentrums hat sich auch die demokratische Reichstagsfraktion entschlossen, den Gedanken zur Bildung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft weiter zu folgen. Sie hat dabei freilich aus schärfste betont, daß für sie nach wie vor ein enges Zusammenarbeiten aller republikanischen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie unerlässliche Bedingung sei. Eine Veränderung ihrer bisherigen Politik oder gar ein Abweichen nach Rechts könne für sie nicht im mindesten in Frage kommen. Die neu zu bildende Arbeitsgemeinschaft müsse vielmehr in festerer Form von festem Entschlossenheitsgefühl der Deutschen Volkspartei nach Rechts hin sei ebenso unbedingt notwendig, wie eine bestimmte Anlage der Unabhängigen an die Kommunisten. Die Bereitwilligkeit zur Zu-

un-
aff-
rg
richt
tsch.
33 pt.
hine
shulen.
str. 41.
le.
shulen
str. 41.
etts
h3984
st.

